

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

10.10.1907 (No. 278)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 10. Oktober.

№ 278.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 2 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unbezahlte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1907.

Ämtlicher Teil.

In dem unermeßlichen Schmerze, der Mir und den Meinen durch den Heimgang Meines in Gott ruhenden innigst geliebten Vaters, des Großherzogs Friedrich, anferlegt wurde, ist es für Mich ein aufrichtendes und tröstendes Bewußtsein, Mich eins zu wissen mit Meinem Volke in dem Gefühle der tiefen Trauer um den Verewigten und in der unbegrenzten, unauslöschlichen Ehrfurcht und Dankbarkeit, die Mir Ihm bewahren.

Diese Trauer hat in allen Kreisen des Volkes und in allen Teilen des Landes, in Mainau und Konstanz, bei der unvergleichlichen Fahrt durch die geliebte Heimat, bei dem Zug durch die getreue Haupt- und Residenzstadt zur Schloßkirche, wo dann Tausende dem Hohen Verkürten den letzten Gruß andachtsvoll darbrachten, und endlich bei der Beisetzungsfeier selbst einen ergreifenden und überwältigenden Ausdruck gefunden. Ich bin außer Stand zu sagen, wie tief im Innern Ich alle diese Kundgebungen empfinde.

Ich erfülle eine teuere Pflicht, indem Ich Meinem treuen Volke für diese Teilnahme bewegten Herzens den innigsten und wärmsten Dank ausspreche.

Es soll Mein ernstes Bestreben sein, die Unserem Hohen Heimgegangenen dargebrachte Liebe zu vergelten, indem Ich trachten werde, Seinem Beispiel zu folgen. Dazu wolle Gott Mir helfen!

Möge der Geist Großherzog Friedrichs allezeit in Segen über dem Lande walten, dem Er über ein halbes Jahrhundert ein Vater gewesen ist!

Karlsruhe, den 9. Oktober 1907.

gez. Friedrich.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs wird diese Allerhöchste Kundgebung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1907.

Der Großherzogliche Staatsminister:
von Dufsch.

Nicht-Ämtlicher Teil.

Der österreich-ungarische Ausgleich.

Nach monatelangen, wiederholt abgebrochenen und wieder aufgenommenen Verhandlungen ist es den Regierungen von Oesterreich und Ungarn geglückt, sich über den neuen Ausgleich zu verständigen. Als die Teilnehmer an den Ausgleichskonferenzen Samstag mittags auseinandergingen, stand es beinahe fest, daß der Ausgleich noch am selben Tage scheitern werde. Wohl hatte man vereinbart, um 5 Uhr nachmittags eine neue Beratung abzuhalten; doch glaubte man allgemein, daß es sich um eine bloße Formalität handeln und der unvermeidlich scheinende Abbruch der Verhandlungen auch werde konstatiert werden. Niemand glaubte mehr an das Zustandekommen eines Ausgleichs, und die Mitglieder der österreichischen Regierung waren denn auch überzeugt davon, daß sie abends die Rückreise nach Wien antreten würden, ohne einen Ausgleich mitzunehmen. In dieser Stimmung traten nachmittags zunächst die ungarischen Minister zu einer Beratung zusammen. In diesem Ministerrat richtete Ministerpräsident Dr. Wekerle einen Appell an seine Kollegen, angesichts der vorhandenen Schwierigkeiten auch auf jene Konsequenzen bedacht zu sein, auf die man im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen unbedingt gefaßt sein müsse. Er entwarf ein Bild der Lage, die in diesem Falle eintreten müßte. Unter dem Eindruck dieser Ausführungen wur-

den endgültig jene Grenzen gezogen, innerhalb deren die ungarische Regierung noch Zugeständnisse machen konnte, um ihren Standpunkt mit dem der österreichischen Regierung in Einklang zu bringen. Als um 5 Uhr nachmittags beide Regierungen zu einer gemeinsamen Beratung zusammentraten, welche entscheidend sein sollte, ergriff als erster Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle das Wort, um die konkreten Vorschläge der ungarischen Regierung zu unterbreiten. Er erklärte, daß die ungarische Regierung das äußerste Entgegenkommen und die weitestgehende Loyalität an den Tag gelegt habe, und sie hoffe, daß die österreichische Regierung dies zu würdigen wissen werde. Noch sei es nicht zu spät, ein Kompromiß zu schließen oder wenigstens den Rahmen eines solchen Kompromisses zu fixieren. Die Verantwortung, mit welcher ein vollständiger Abbruch der Verhandlungen verbunden wäre, belaste alle Teilnehmer an den Verhandlungen in gleicher Weise. Er sei davon überzeugt, daß ein solcher Schritt geradezu verhängnisvoll wäre, und er müsse daher vor einem solchen im Interesse beider Staaten mit allem Nachdruck warnen. Jede Entscheidung, die anders ausfiele als dahin, daß der Ausgleich abgeschlossen wird, würde für beide Staaten die schwersten Konsequenzen nach sich ziehen und lange Leiden zur Folge haben. Deshalb äußerte er auch seinerseits seinen Entschluß, im Falle des Scheiterns des Ausgleichs von seiner Stelle zurückzutreten. Dr. Wekerle betonte, daß ihn dabei ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte leiten und daß sein Entschluß auf keinerlei politische Momente zurückzuführen sei. Die politischen Folgen eines Schei-

terns des Ausgleichs werde der Führer der Mehrheit im ungarischen Abgeordnetenhaus, sein Kollege Handelsminister Franz Kossuth, darlegen. Nun erhob sich Handelsminister Franz Kossuth, um auch einen Appell an alle Teile zu richten und sie in der letzten Minute aufzufordern, den Ausgleich zu ermöglichen. Er erklärte, daß er hinsichtlich der Beurteilung der wirtschaftlichen Konsequenzen eines Abbruchs der Verhandlungen mit Dr. Wekerle vollständig übereinstimme. Was die politischen Wirkungen eines Scheiterns der Ausgleichsverhandlungen betreffe, so müsse er hervorheben, daß es ein großes Unglück wäre, wenn man die gegenwärtige Möglichkeit, zu einem Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn zu gelangen, nicht benutzen wollte. Denn wenn es zu einem Abbruch der Verhandlungen komme, stünden sehr schwere politische Verwicklungen bevor, die auch die Parteiverhältnisse in Ungarn nicht unberührt lassen würden, und man könne nicht wissen, ob dann nicht Verhältnisse eintreten würden, in welchen der parlamentarischen Durchführbarkeit eines Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn ein für allemal ein Niegel vorgehoben werde. Deshalb beschwor Kossuth die österreichische Regierung, auch auf diese Parteiverhältnisse Rücksicht zu nehmen und ihre Hand zu einem Kompromiß zu bieten, was noch immer viel besser erische als der wirtschaftliche Kriegszustand, der im Falle eines Scheiterns der Ausgleichsverhandlungen eintreten müßte. Hierauf wurde die Konferenz unterbrochen. Als die Beratung wieder eröffnet wurde, ergriff der österreichische Ministerpräsident Freiherr v. Beck das Wort zu einer letzten Erklärung, wobei

